SAZ DIE LINKE. STADTVERBAND SUHL
Suhler Andere Zeitung
20. Jahrgang / Nr. 09
September 2011
Preis: eine Spende
232
Monatsumschau für Links- und Querdenker

DIE LINKE: Für Frieden - gegen den Afghanistangipfel in Bonn

Von Christine Buchholz (Foto) - MdB, friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion -

Am 7.10.2011 jähren sich der Jahrestag des Afghanistankrieges und damit auch die deutsche Zustimmung zu diesem Krieg zum 10. Mal. Die Bundesregierung nimmt dieses traurige Jubiläum zum Anlass, um im Rahmen der internationalen Afghanistan Konferenz am 5.12. in Bonn, mit 90 Außenministerinnen und Außenministern und insgesamt 1000 Delegierten über das weitere Schicksal des Landes zu beraten. Dort sollen die Weichen für einen angeblichen Truppenabzug und eine neue »Friedensperspektive« gestellt werden. Gefeiert werden soll außerdem die Übergabe der »Verantwortung an die afghanische Regierung«. Doch hinter diesen Worthülsen verbirgt sich nicht mehr als eine große PR-Show der NATO-Länder.

Die angekündigten Maßnahmen zur Afghanistan-Konferenz sind in doppelter Hinsicht Augenwischerei. So wird ein Truppenabzug bis zum Jahr 2014 verkündet, in Wahrheit will die NATO den Krieg bis 2014 ausweiten. Ab 2014 sollen laut NATO mindestens 50.000 ausländische Soldaten dort dauerhaft stationiert bleiben.

Laut Bundesregierung wird eine »Übergabe« an die afghanische Armee, die »keinen Abzug« bedeute, nur stattfinden, »wenn es die Sicherheitslage erlaubt«, so Bundesaußenminister Westerwelle. Aber die Sicherheitslage verschlechtert sich permanent, gerade weil die NATO Krieg in Afghanistan führt. Wenn jetzt von der Übergabe gesprochen wird und der Eindruck eines beginnenden Abzugs suggeriert wird, ist das eine Beruhigungspille für die Bevölkerung in Deutschland, die den Krieg mehrheitlich ablehnt. Die NATO will zum einen den Fuß in der Tür in dem geostrategisch wichtigen Afghanistan halten und zum anderen um jeden Preis eine militärische Niederlage in Afghanistan vermeiden.

Die deutsche Friedensbewegung nimmt daher die Afghanistan-Konferenz zum Anlass, um die kriegsführenden Staaten mit dem wahren Gesicht des Krieges zu konfrontieren. Im Rahmen einer bundesweiten Demonstration am 3.12. in Bonn und einem internationalen Gegengipfel am 4.12. soll ein starkes Zeichen für den Frieden und einen Abzug der Truppen gesetzt werden. Im Vorfeld wollen wir durch flächendeckende Veranstaltungen in den Kreisverbänden und einem bundesweiten, dezentralen Aktionstag am 7./8.10. den Grundstein für eine erfolgreiche Mobilisierung durch DIE LINKE legen.

Millionen

Ich teile nun mal nicht die Begeisterung des Papstes für Aberglauben, und dass bei uns – offenbar mit päpstlichem Segen – Souvenirs verkauft werden wie Papstfahnen, Radiergummis und Schlüsselanhänger mit Papstporträt. Viele Menschen schütteln darüber den Kopf. An Ablasszettel oder Ähnliches ist augenscheinlich noch nicht gedacht, aber das eignete sich wahrscheinlich nicht so richtig für einen Besuch. Was aber viel nachdenklicher macht, ist die Frage, ob die 25 bis 30 Millionen € für den Besuch des teuren Vaters nicht am Horn von Afrika besser angelegt wären, wo Tausende Kinder verhungern. Jesus soll ja wohl die Worte hinterlassen haben: „Was ihr den geringsten meiner Schwestern und Brüder getan habt,das habt ihr mir getan. Gebt ihr ihnen zu essen. Teilt, was ihr habt!“ Verfügen die heutigen Nachfolger das Armutspredigers Jesus nicht über ein Milliardenvermögen? Oder ist das nur ein bösartiges Gerücht?

- old long -

Inhalt:

Volksentscheid	S. 2	Essay von B. Ramelow	S. 5
I. Leukefeld im Forstamt	S. 3	50 Jahre Mauerbau	S. 6
Linke Radtour	S. 4	Zum Bildungsmonitor	S. 7

25 000 Unterschriften für Volksentscheid zu Kommunalabgaben

Mehr als 25 000 Thüringer haben sich im ersten Schritt eines Volksbegehrens für die Abschaffung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen. Das gab die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben bekannt. Peter Hammen, Vorsitzender der Allianz, erklärte, es kommen sogar immer noch weitere Unterschriften dazu. Mehr als 23000 Unterschriften wurden gesammelt. Für den Zulassungsantrag für das Volksbegehren wären lediglich 5000 Unterschriften nötig gewesen. Die Liste soll noch in diesem Monat dem Innenministerium übergeben werden. Anschließend werden die Unterschriften auf Übereinstimmung mit dem Melderegister geprüft. Danach muss Landtagspräsidentin Birgit Diezel über die Zulassung des Volksbegehrens entscheiden. Für das eigentliche Volksbegehren müssen dann die Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten, das sind rund 200 000 Thüringer, gesammelt werden.

Die Bürgerallianz will erreichen, dass die Kosten der Gemeinden für Abwasserinvestitionen künftig nicht mehr über Beiträge der Grundstückseigentümer umgelegt werden, sondern über die Gebühren der Verbraucher. Darüber hinaus sollen die Gemeinden statt der bisherigen Straßenausbaubeiträge künftig eine Infrastrukturabgabe wie in Sachsen erheben können. Die Beiträge, die Städte und Gemeinden für Straßen sowie Wasser- und Abwasseranschlüsse erheben, sind seit den 1990-er Jahren in Thüringen umstritten. Immer wieder hatten örtliche Initiativen gegen die Beiträge protestiert. Schließlich hatten sie sich zu einer Bürgerallianz zusammengeschlossen. Im Landtagswahlkampf 2004 hatte der damalige Ministerpräsident Dieter Althaus Landeshilfen versprochen. Diese Hilfen hatte das Land bis zu 56 Millionen Euro im Jahr gekostet. Die aktuelle Landesregierung will sie deshalb wieder abschaffen.

Ganz Deutschland fordert : Bundeswehr raus aus Afghanistan

Am 7. Oktober vor 10 Jahren begann der Krieg in Afghanistan. Zehntausende zivile Opfer und auch schon über 50 Bundeswehrsoldaten hat dieser Krieg gekostet. Die große Mehrheit der Deutschen fordert schon lange: Schluss mit dem Krieg. Die Bundeswehr muss zurückgeholt werden. Aber in Berlin sind die Regierenden taub. Da hilft nur eine mächtige Protestwelle...

Klaus Jann von den Linksdemokraten Wülfraht hat dazu aufgerufen, bis zum 20. Oktober in mindestens 250 Städten, Dörfern, Kreisen Aktionen unter dem Motto „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ zu initiieren.

Günstig sind der 1. September als Antikriegstag und der 4. September (Jahrestag des Kundus-Massakers). Unter Aktionen können verstanden werden: Mahnwachen, Infostände, Demos, Veranstaltungen und vieles mehr. Hauptsache: Der Protest gegen den Krieg in Afghanistan ist sichtbar. Denn: Bedingung ist, dass von jeder Aktion ein Foto gemacht wird, auf dem auch (ein Schild) die jeweilige Stadt zu erkennen ist. Es wird eine Homepage geben, auf der die Fotos aller Aktionen veröffentlicht werden.

Klaus H. Jann
Düsseler Straße 16, 42489 Wülfrath,
Mail: JannRORE@t-online.de
Und mehr Informationen unter www.linksdemokraten.de

Marathon

Eine bekannte Journalistin schrieb kürzlich über den scheinbar nie endenden Gedächtnis-Marathon mit deutscher Einheit, Mauerbau und Mauerfall. Der Umfang der Veranstaltung hätte sicherlich auch für 5 bis 6 Mauerfeiern gereicht, eventuell auch für die israelische Mauer zum Palästinenser Gebiet und die US-amerikanische zu Mexiko gleich mit. Ich bin ja nicht gerade versessen auf feierliche Gedenkveranstaltungen mit scheinheiligen Reden von noch scheinheiligeren Politikern. Doch dennoch wäre es wohl überlegenswert, ob es nicht noch ein paar Veranstaltungen mehr über geschichtliche Ereignisse geben sollte, die als Ausgangspunkt und Ursache gewissermaßen dem Mauerbau vorausgingen. Das wären zum Beispiel Veranstaltungen zur Spaltung Deutschlands entgegen dem Potsdamer Abkommen, zur Bildung der Bi- und Trizone und zur einseitigen separaten Währungsreform im Westen, oder zur Gründung der BRD und ihrem Beitritt zur NATO. „Events“ dazu könnten natürlich nicht als Einheitskampagnen, sondern müssten als Spaltungskampagnen laufen. Der Schirmherr müsste eigentlich Adenauer heißen, wenn er nicht inzwischen das Zeitliche gesegnet hätte. So wird's wohl mit einem weiteren Marathon nichts werden. **- old long -**

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl,
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
Kto-Nr.: 170500 7151; **BLZ:** 840 500 00 Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl.
V.i.S.P.: A. Longard,Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Oktober-Ausgabe 2011 ist am 22.09.2011.

Die SAZ nach dem Lesen bitte weitergeben!

LIVE AUS DEM LANDTAG

Aus der Arbeit unserer Landtagsabgeordneten
Ina Leukefeld

Zu Besuch im Forstamt Oberhof

Foto: Katja Wolf

Ich war nicht zum ersten Mal bei Bernd Wilhelm, dem Leiter des Forstamtes Oberhof. Schön, diesmal mit Katja Wolf, unserer umweltpolitischen Sprecherin, und Tilo Kummer, dem Vorsitzenden des Umweltausschusses im Thüringer Landtag, dessen Fachkompetenz ich außerordentlich schätze, dort zu sein. Bei meinen Gesprächen vor Ort lerne ich immer Neues. So z.B., dass zurzeit der höchste Holzpreis seit der Wende erzielt werden kann, nämlich etwa 65–70 Euro pro Festmeter. Es wird viel exportiert und es geht auch darum, dass diese satten Einnahmen nicht nur die Privaten erzielen. Holz ist unser wichtigster nachwachsender Rohstoff und deshalb auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. 100 fm Holzeinschlag sichern übrigens 1,2 Arbeitsplätze, sagt Bernd Wilhelm. Insgesamt stehen in Thüringen im weitesten Sinne 40000 Menschen in der Holzwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe einschließlich Bauwirtschaft und Papierverarbeitung in Lohn und Brot.

Die 37 Waldarbeiter, die im Forstamt Oberhof arbeiten, sind dabei unverzichtbar. Leider sind darunter viele Ältere und Kranke, die nicht mehr als Maschinenführer im Holzeinschlag arbeiten können. Neueinstellungen sind thüringenweit nur 16 avisiert – alles eine Frage des Geldes, obwohl sich das rechnet. Sehr bedauerlich, dass die Landesregierung mit der zu gründenden Anstalt des Öffentlichen Rechts de facto eine Privatisierung des Thüringen Forst vornehmen will. Wir drei Abgeordneten der LINKEN haben da unsere Zweifel und wollen vor allem im Landtag versuchen, das Vetorecht des Finanzministeriums zu kippen. Ich selbst will als arbeitsmarktpolitische Sprecherin noch einmal einen Vorstoß unternehmen, ob im Zusammenhang mit dem Projekt Forsten und Tourismus gemeinnützige Arbeit geschaffen werden kann, so wie es für ältere Arbeitnehmer in dem Projekt **AGIL – Perspektive 50plus** möglich ist. Gerade in dem Bereich wäre es sinnvoll, an einem Öffentlichen Beschäftigungssektor, so wie ihn Die LINKE. seit Jahren vorschlägt, dranzubleiben.

- Ina Leukefeld -

Suhler Schul- und Volkssternwarte muss modernisiert werden

Am 11. Juli 2011 trafen sich MdL Ina Leukefeld, Bürgermeister Klaus Lamprecht und Stadträte Ilona Burandt und Dieter Spieker in der Schul- und Volkssternwarte auf dem Hoheloh mit dem Leiter der Sternwarte Dr. Kretzer, seinen Mitarbeitern und den Vertretern des Fördervereins Rolf Henkel sowie Dr. Gerhard Hötzel zu einem Gedankenaustausch. Im Kern ging es um die dringend notwendige Anschaffung eines von Grund erneuerten Planetariums. Klaus Lamprecht verwies deshalb gleich zu Beginn des Gesprächs auf jenen Rahmen, den die Stadt Suhl zur Zeit zur Verfügung hat, wenn sie über die langfristigen Perspektiven des Planetariums nachdenkt. Klar ist, dass die Anbindung an die Schulbildung erhalten bleiben muss. Es sei aber sinnvoll, diese durch die Volkshochschule der Stadt zu ergänzen. Mit dem Besuch, den Gesprächen und Vorschlägen wurde noch einmal hervorgehoben, dass die Suhler Schul- und Volkssternwarte seit fast 40 Jahren zu den Einrichtungen mit regionaler, über die Stadt hinausreichender Bedeutung gehört. Völlig unberechtigt wird sie in der öffentlichen Diskussion weniger beachtet als der Tierpark, das Ottilienbad, das Waffenmuseum oder das CCS. Jetzt geht es vor allem darum, in der Stadt, in der Region und auch im Land eine stärkere Lobby für die Modernisierung des Planetariums zu schaffen und Wege für eine Finanzierung des Vorhabens zu finden.

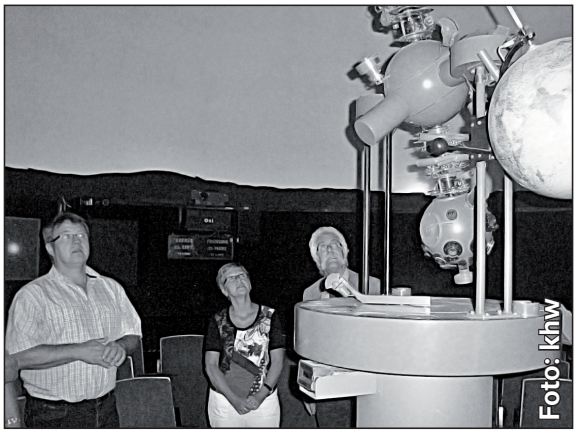
Foto: khw

- KaWa -

Linke Radtour mit Halt in Oberhof

Neuhaus - Friedrichsfelde - Masserberg - Schmiedefeld und Oberhof waren Stationen der Radtour von zwei linken Politikern des Thüringer Landtages, der umweltpolitischen Sprecherin der Linksfraktion Katja Wolf und des Vorsitzendes des Umweltausschusses im Landtag Tilo Kummer. Bei ihrem Halt in Oberhof trafen sie auf Ina Leukefeld, zu deren Wahlkreis auch die Stadt Oberhof gehört. Gemeinsam führten sie Gespräche mit Forstamtsleiter Bernd Wilhelm (siehe Foto S.3), schwerpunktmäßig zur Gestaltung des Biosphärenreservates Vessertal. Die Linken werden dazu im Suhler Stadtrat auch über die Einbeziehung der Stadt in das Biosphärenreservat weiter diskutieren und vor allem auf die wirtschaftliche Bedeutung der Anbindung regionaler Entwicklung an die UNESCO hinweisen, auch wenn hier der Suhler OB, Dr. Jens Triebel, zur Zeit gegensätzliche Auffassungen dazu vertritt. Ina Leukefeld kündigte schon in Oberhof die Fortsetzung dieser Diskussion anlässlich ihrer öffentlichen Wanderung ins Vessertal am 20. August an.

Die beiden Pedalritter äußerten sich zu ihren vielen Eindrücken von unterwegs. Katja Wolf schwärmte von der Schönheit der Landschaft und ihrem riesigen touristischen Potenzial. Zugleich bedauerten beide, dass dieses Potenzial aufgrund mangelnder Vernetzung bisher ungenügend genutzt wird. Vor allem fehlt für Südwestthüringen ein schlüssiges Gesamtkonzept. Im Gegensatz zur Rhön spüre man am Rennsteig häufig noch eine Trennung des Umweltschutzes von den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen und mitunter völlig unfruchtbaren Streit zwischen den Gemeinden. Als entscheidenden Mangel kritisierte Tilo Kummer, dass bisher einfach keine Einigung über die gemeinsamen langfristigen Ziele zur Entwicklung der Region formuliert werden konnten, nach der alle arbeiten können. Vor allem dürfen weder einzelne Gemeinden noch die Unternehmen der Region ausgeklammert werden, denn es geht im weitesten Sinne um eine Einheit von Umweltschutz, Wirtschaft und kommunalem Leben. Beide Politiker haben die Erfahrung gemacht, dass Gemeinden durchaus mitarbeiten wollen, obwohl es heute dabei häufig noch nicht um die Grundfragen nachhaltiger Entwicklung geht. Immer wieder reichte Tilo Kummer Fotos in die Runde, mit denen Mängel deutlich wurden, die abgestellt werden müssen. Neue Sitzgruppen tauchten unweit alter und verfallener im Wald auf. Ein durchgehendes System sei aber nicht erkennbar. Auffällig sei, an welchen Stellen ABM - Gruppen gearbeitet haben und wo ihre Arbeit geendet hat. Für die Radfahrer müssten nach Kummer geeignete Orte gefunden werden, an denen man mit der Dampflok vor dem Zug bergauf zum Rennsteig fahren kann, um auf durchgehenden Wegen weiter und schließlich abwärts radeln zu können. Schritt für Schritt ergab sich eine Summe von Anregungen zu Erhaltenswertem und zu Erneuerndem.

Gegen Ende des angeregten Gesprächs würdigten die linken Landespolitiker ausdrücklich die fleißige ehrenamtliche Arbeit vieler Menschen, deren Spuren sie auf ihrer Tour an vielen Stellen entdecken konnten und Ina Leukefeld vertrat die Auffassung, dass noch mehr Bürgerarbeit genutzt werden könne, um den Rennsteig touristisch immer attraktiver zu gestalten.

- K. Walther -

Ina Leukefeld zur Bürgersprechstunde am Dianabrunnen

Einmal im Jahr in den Sommermonaten stellt sich die linke Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld im Stadtzentrum den Fragen und Anliegen der Passanten in einer Bürgersprechstunde. Das Wetter, das ansonsten in diesem Jahr Aktivitäten im Freien nicht gerade begünstigte, war der Landtagsabgeordneten diesmal gewogen. Sonnenschein unterstützte ihr Anliegen. Das Foto zeigt sie im Gespräch mit Meritta, die seit fast 20 Jahren in Suhl lebt, ihre Kinder sind hier zur Schule gegangen und haben hier gelernt. Allerdings hat Meritta bis zum heutigen Tage keinen deutschen Paß, ärgert sich Ina, die seit Jahren ein sehr herzliches Verhältnis mit der Familie hat. Beide verabredeten sich zu einem gemeinsamen Besuch bei der Thüringer Ausländerbeauftragten, um endlich Merittas Problem zu lösen.

Chancen der Bürgerarbeit nutzen

Dass die Chancen des Bundesprogramms Bürgerarbeit in Thüringen bisher viel zu wenig genutzt werden, kritisiert Ina Leukefeld. Per 15. August gebe es nur 1097 Bürgerarbeitsplätze.

An dem seit einem Jahr laufenden Bundesprogramm beteiligen sich 15 Thüringer Landkreise und kreisfreie Städte. Neben Vermittlungen in der Aktivierungsphase könnten auch 3000 Arbeitsplätze in öffentlicher Beschäftigung gefördert werden. Dort bekommen Menschen eine bis zu dreijährige Beschäftigungs-alternative. „Das ist vor allem für Ältere eine Möglichkeit, einen würdigen Übergang in Rente zu sichern“, unterstreicht Ina Leukefeld und nennt die aktuellen Thüringer Zahlen etwa im Vergleich mit Sachsen-Anhalt, wo es 3612 Bürgerarbeitsplätze gebe, „ein Armutszeugnis“.

„Zu bürokratisch und aufwändig ist die ganze Herangehensweise“, denn die Entscheidung über die Vergabe eines Bürgerarbeitsplatzes falle beim Bundesverwaltungsamt in Köln, während die Zuweisung der Personen über die Jobcenter vor Ort erfolge. Arbeit ist da und offensichtlich auch Geld. Jetzt müssen die Arbeitsplätze auch geschaffen werden, “ fordert Leukefeld.

Am Scheideweg – Gedanken zu einer starken, zukunftsfähigen LINKEN (Teil 2)

Von Bodo Ramelow

Es gibt kein Zurück in die Zukunft

Solange sich innerhalb der LINKEN mehrere Strömungen damit beschäftigen, sich im harmlosesten Fall nur in Schach zu halten oder sich wechselseitig durch Eigenbeschäftigung die Kraft zu absorbieren, solange werden wir die Energie nicht entwickeln, die wir für ein solidarisches Gesellschaftsbild aus linker Perspektive brauchen. Solange ein Heilsprozess gezeichnet wird aus westdeutschen Entwicklungen, die aber vor zwanzig Jahren jäh zu Ende gegangen sind, solange nicht begriffen wird, dass der Umbauprozess West über den Abbauprozess Ost gespeist wurde, solange werden wir gemeinsame neue Wege nicht gehen können. Ein Zurück in die Zukunft wird es nicht geben, denn dieses Land, dieses vereinigte Deutschland, hat sich vor zwanzig Jahren aufgemacht, sein Inneres und Äußeres völlig auf den Kopf zu stellen. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zur Normalität geworden, Finanzmarkttransaktionskontrolle ist gar kein Thema mehr, starke Gewerkschaften, die flächendeckend den Arbeitsmarkt regeln könnten, gibt es nicht mehr, Krankenkassen in die Insolvenz jagen zu lassen, ohne dass es einen Aufschrei der Empörung gibt, markieren den Veränderungsprozess. Die Antworten darauf könnten sein: eine moderne Bürgerversicherung, die auf der gesamten Gesellschaft aufbaut. Also Einzahlen aus Einkünften jedweder Art in ein soziales Sicherungssystem, das von Menschen gemacht und von Menschen kontrolliert wird, das für Menschen da ist und zukunftssicher die nächsten Krisen überstehen würde.

Das Vertrauen auf kapitalgedeckte Systeme ist zutiefst erschüttert. Die Erkenntnis, dass heute der Mittelstand und auch börsennotierte Unternehmen vielmehr durch einen ungeregelten Kapitalmarkt bedroht sind, würde uns Verbündete zuwachsen lassen, die dann mit uns Politik machen wollten und würden, wenn wir ein attraktiver Partner sind. Zurzeit sind wir ein braver Ackergaul, was einen hohen Wert hat. Sollte die Auseinandersetzung mit uns selber allerdings nur darauf abzielen, den eigenen Genossen zu bekämpfen, solange werden wir uns eher in Richtung Schindmähre bewegen.

Zuhören, Mitdenken, Abwägen – für eine plurale LINKE

Toleranz und Pluralität sind ein Kraftquell für das gemeinsame Suchen nach besseren Ideen, nach besseren Lösungen, nach attraktiven Angeboten, um Menschen zu begeistern und auch um Menschen mitzunehmen, die Gesellschaft zu verändern und zu verbessern. Das setzt die Kraft des Zuhörens voraus, das setzt die Fähigkeit des Mitdenkens und des Abwägens voraus, ob eine Idee gut oder ein Argument des Anderen sogar noch besser ist. Solche Fähigkeiten machen eine plurale LINKE stark. Unsere Partei wird sich nicht spalten und es wird auch kein Zurück zu den Quellparteien geben. Eine Orientierung auf ein Parteiengefüge nach Ost oder West wird es ebenso wenig geben wie es auch keinen Sinn machen würde, nach Reformern und Pragmatikern einerseits und Dogmatikern und Fundis andererseits unterscheiden zu wollen. Dogmatiker und Fundamentalisten müssen wir sein, wenn es um eine Weltfinanzmarktordnung geht, die den Reichtum auf dem Rücken massenhafter Armut in Kauf nimmt. Wo die Mächtigen der Welt die Augen verschließen, wenn Nahrungsmittel zum Spekulationsobjekt werden und damit ein aggressiver Vermögenszuwachs mit dem Hungertod Hunderttausender einhergeht, ist ein fundamentales Nein durch eine LINKE immer wieder zu formulieren. Pragmatisch muss eine plurale LINKE sein, wenn es darum geht, im Hier und Jetzt Verbesserungen zu ermöglichen, die den Menschen das Leben leichter machen. Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ist im Heute umzusetzen.

Wir brauchen einen weiten Blick

Toleranz und Pluralität sind das Geheimnis einer erfolgreichen LINKEN in Deutschland. Die Frage unter Sozialisten muss erlaubt sein, wenn man an Prag 68 denkt, würdest Du vor den Panzern sitzen oder würdest Du eher der Rechtfertigung des Einsatzes dieser Panzer das Wort reden? Wird also eher das Dogmatische in der LINKEN sich breit machen, dann wird die Luft zum Atmen für Toleranz und Pluralität nicht mehr gegeben sein. Und meine Erfahrung vom Kirchentag sagt mir, wenn eine LINKE nicht erkennt, dass der 33. Evangelische Kirchentag in Dresden ein linker Kirchentag war, auf dem Themen debattiert wurden, die an Schärfe und Klarheit unserer Partei ins Stammbuch geschrieben sein müssten, dann verengen wir uns zu sehr. Wenn in der LINKEN eine Debatte losgeht, ob man überhaupt zum Kirchentag geht oder ob man mit einer Gegenveranstaltung behauptet, das Gehirn sei nur bei denen, die nicht zum Kirchentag gehen, dann können wir keine Partner sein. Nein, Hirn und Herz müssen schon zusammen wirken, denn ein Hirn ohne Herz funktioniert nicht. Und um es mit Oskar Lafontaine zu sagen: Das Herz schlägt links. Und wenn viele Herzen links schlagen sollen, brauchen wir einen weiten Blick, der deutlich macht, nur eine attraktive Linke wird Ausstrahlung auf diese Gesellschaft haben und gesellschaftsverändernd wirken. ...

Die Frage ist, ob wir als LINKE Antworten haben, wie wir bei den bevorstehenden Brüchen Angebote unterbreiten, die auf Menschen attraktiv wirken. So würden wir unseren Beitrag leisten, die Demokratie auch durch Wahlzuwächse zu stärken. Da würde ich meiner Partei zurufen wollen: „Lasst uns ein paar Tage vor die Stadt ziehen und anschauen, wie hoch die Türme über den Häusern sich erheben.“

Gedanken nach dem 13. August

Ginge es nach dem Berichterstatter von „Freies Wort“ über die Veranstaltung mit Hans Modrow zur Vorstellung des Sammelbandes **„Grenzdienst war Friedensdienst“**, so war die Erinnerung an die Schließung der Staatsgrenze der DDR zur Bundesrepublik am 13. August 1961 so wie stets in den letzten Jahren: Jene, die den Jahrestag nutzen, um den in der DDR Beteiligten Schuld zuweisen, die die Opfer an der Grenze in jedem Jahr – bis 2011 auf 1293 – steigen lassen und die Führung der DDR am laufenden Band der Lüge bezichtigen, haben in allen Medien und Veranstaltungen freien Lauf. Hier gilt das Kommando: „Feuer frei!“

Jene allerdings, die in diesem Zusammenhang auch einmal andere Fragen aufwerfen, wie die nach dem Grad der Gefährdung des Weltfriedens in jenen Jahren sowie den sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen, sind die ewig Rückwärtsgewandten. „Vorwärts nimmer – rückwärts immer“, so die Überschrift im Freien Wort. Modrow war in Suhl, so lautete die einzige Nachricht des Berichterstatters. Offenbar ganz zu Recht hätten die ewig Gestrigen im Suhler FRIZ in Zelle 3 gesessen.

Die für den Leser interessantere Frage lautet aber: Womit hat sich der neue Sammelband eigentlich beschäftigt und inwieweit ist der Titel „Grenzdienst war Friedensdienst“ berechtigt, wird doch diese Feststellung von Egon Bahr als eine „gefährliche Hypothese“ bezeichnet. Nun hat zwar keiner der Veranstalter behauptet, dass mit dem Titel bereits alles über den 13. August und seine Folgen gesagt ist. Dennoch blieb die Einsicht, dass jeder Tote an der Grenze einer zuviel war, die ziemlich einsame Feststellung eines der Autoren, der aus dem Publikum heraus das Wort ergriffen hatte.

In einem Podiumsgespräch im Oberrathaussaal kamen dagegen wesentlich kritischere Worte in den Erinnerungen der sechs eingeladenen Suhler Bürger unterschiedlichen Alters zur Sprache. Das Thema lautete hier **„Gehen oder bleiben“**. Das war allerdings so allgemein gehalten, dass so manchem Zuhörer in den Sinn kam, ob diese Frage nicht erst nach 1989 für viele Menschen akut wurde, nachdem sie in der folgenden Zeit hier im Osten Deutschlands keine Arbeit mehr fanden. Die Zusammensetzung des Podiums sollte hier ausdrücklich paritätisch sein: Drei, die gingen und drei die blieben. Sieht man die Sache nach politischen Gesichtspunkten, so war es allerdings mit der Parität vorbei, denn Holger Auerswald war der einzige, der nicht unter der DDR gelitten hatte. Er hob gar hervor, dass er als Jugendlicher in der DDR durchaus gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten besaß und nie die Absicht hatte, dieses Land zu verlassen. Dennoch haben es die Zuschauer als wohltuend empfunden, dass aus dem Podium durchaus differenzierte Meinungen zu hören waren, auch wenn an der Verurteilung der DDR kein Zweifel gelassen wurde. An Eindeutigkeit nicht zu übertreffen war allerdings Oberbürgermeister Dr. Jens Triebel, der seine Aussage, die DDR sei ein Gefängnis für ihre Bürger gewesen, auf Nachfrage noch einmal ausdrücklich bekräftigte, ohne dabei auf die verschiedenen Himmelsrichtungen zu verweisen.

Hans Modrow und Verleger Frank Schumann bei der Vorstellung des Buches „Grenzdienst war Friedensdienst“ im Suhler FRIZ

Im Rahmen dieser (unvollständigen) Nachbetrachtung zu Veranstaltungen und Veröffentlichungen zum 50. Jahrestag des Mauerbaus bedauere ich allerdings, dass die in Suhl geplante Diskussion zum Thema „Meine und deine Wahrheit zum 13. August“ nicht zustande gekommen ist. Ob sie noch nachgeholt werden kann, bleibt offen. Eine Erinnerung unter diesem Gesichtspunkt hätte zumindest die Chance, den Inhalt der öffentlichen Diskussion zu erweitern. So könnten Dinge benannt werden, die nach Überzeugung des Pfarrers und Bürgerrechtlers **Friedrich Schorlemmer** bisher kaum ins Kalkül gezogen wurden. Nach seiner Auffassung „ ... gab es nicht wenige, die diesen Friedens- und Sozialstaat als ein historisches Modell betrachteten, als einen menschheitlichen Großversuch unter Führung der Sowjetunion.“ (1) Auch sie sollten in einer öffentlichen Diskussion stärker zu Wort kommen. Über die Bedeutung der Grenzsicherung im Jahre 1961 für die Verhinderung eines Atomkrieges sollte auch weiter diskutiert werden, freilich ohne die nicht akzeptable Annahme, dass der Zweck die Mittel heilige.

- Karlheinz Walther -

(1) Friedrich Schorlemmer, Ulbricht hat nicht gelogen, Freies Wort vom 2. August 2011, S. 18

Spaltpilz in Suhl?

Kürzlich hat sich die MLPD auch in Suhl etabliert. Zuvor waren zwei Werber auch an meiner Tür, die ich mit einer entsprechenden Meinung abwies. Diese sogenannte „Linke“ wird, wie auch andere sich links gebende Organisationen, nach der kapitalistischen Methode „teile und herrsche“ nur als Spaltpilz dienen. Die Weimarer Demokratie hat es vorgespielt und die „Weimarer Demokratie neuen Typs“ setzt es fort. Auch die SPD, einstmals Bebels Hoffnungsträger, wollte die Linke nur entzaubern.

Dagegen steht m.E. die Einheit aller wirklich Linken auf der Tagesordnung! Ohne diese Aktionseinheit aller wirklich Linken in heutiger Zeit ist gegen die das Soziale immer mehr abbauende kapitalistische repräsentative Demokratie für das Volk kein Boden zu gewinnen. Alfred Kerr, wahrlich kein Kommunist, schrieb bereits 1925: „Ihr werdet die Macht nur haben, wenn ihr die große einige Linke schafft. Wer diese Umgruppierung heut zu Wege bringt, das ist der Messias, den die Zeit und Deutschland brauchen. Morgen ist es zu spät. Also los!“ Das Zuspätkommen der Linken .. ließ schon einmal den Hitlerfaschismus mit all seinen „NS-Geschenken“ aufziehen. Denkt immer an 1933, und hüten wir uns vor Engstirnigkeit und Rechthaberei. Die Neo´s leben und werden noch in Bereitschaft gehalten.

Alle Linken an einen „Runden Tisch“, sollte die Losung sein. Oder soll diese Einheit erst wieder in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zustande gebracht werden? (redaktionell gekürzt)

- G.Th., ptl. Linker „Rotfuchs“ -

Bildungsmonitor stellt Personalsituation an Thüringer Schulen völlig verzerrt dar

„Der arbeitgeberfinanzierte Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bildet die Situation an den Schulen in Thüringen nur unzureichend ab“, sagt Michaele Sojka mit Verweis auf die aktuelle Studie. „Statt kleiner Klassen und ausfinanzierter Bildungsangebote stehen Stundenausfälle auf der Tagesordnung.“

Insbesondere die Personalsituation werde im aktuellen Bildungsmonitor völlig verzerrt dargestellt.„Grundschulen und weiterführende Schulen mit einem Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1:14,1 bzw. 1:9,3 sind an kaum einer Schule Realität“, so die Bildungspolitikerin der Linksfraktion weiter. „Mit einem Altersdurchschnitt der Lehrer von deutlich über 50 Jahren in allen Schularten hat Thüringen auf Grund seiner jahrelangen verfehlten Personal- und Einstellungspolitik, die auch unter einem SPD-Bildungsminister nicht korrigiert wurde, ein riesiges, selbstverschuldetes Problem, das in der Zukunft sich noch verschärfen wird. Für die dringenden Reformen fehlt der Schwung junger, innovationsfreundlicher Lehrer.“ Auf Grund des hohen Dienstalters der Pädagogen und der von ihnen über Jahre hinweg gezeigten großen Einsatzbereitschaft, nehme die Erkrankungshäufigkeit weiter zu „und Stundenausfall ist an den Schulen Thüringens die traurige Realität“, betont Frau Sojka. So sei in Erfurt zu Beginn des neuen Schuljahres der Stundenausfall bereits eingeplant, so ein Schreiben der Schulelternsprecher und die Antwort des verantwortlichen Schulamtsleiters. Auch die Jenaer Schulleiter hatten bereits im Juni angesichts der „alarmierenden Schieflage in der Personalsituation“ ein sofortiges Umsteuern in der Personalpolitik gefordert.

„Zudem kommen die hohen Bildungsausgaben des Landes an den Schulen in Thüringen nicht an“, meint die Abgeordnete und verweist darauf, dass den Schulträgern die Mittel für dringend notwendige Sanierungen fehlen. Nach aktuellen Schätzungen des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes bestehe an den Schulen in Thüringen ein Sanierungsstau Höhe von 400 Millionen Euro. „Der größte Teil der Landesausgaben für Bildung sind Personalausgaben, wobei viel zu viele Lehrer überhaupt nicht an den Schulen, sondern in Verwaltungen, Ämtern oder im Ministerium tätig sind oder sich bereits im Vorruhestand befinden“, so Michaele Sojka abschließend.

Unsere Demokratie

Frau Merkels „heute-hüh-morgen-hot-Politik“ ist wahrlich kein Beispiel für Politik 2011. Aber dass manche sogenannten Politiker diese Situation ausnutzen und heute diese und morgen jene Sau durchs Dorf treiben und damit die Menschen im Lande verrückt machen, das reicht nun mittlerweile !

Da ist z.B. der Generalsekretär von der 3%-Partei. Er will das Arbeitslosengeld für über 58-jährige auf 12 Monate begrenzen, weil es für sie angeblich in Hülle und Fülle Arbeit gibt. Setzt man die Älteren auf Hartz-IV-Diät, sollen 1,5 Milliarden herausspringen – ein schönes Geld für die Banken. Aber das Arbeitslosengeld ist ja wohl kein Staatsalmosen, sondern resultiert aus Jahrzehnten versicherungspflichtiger Arbeit

Oder: Da ist Verkehrsminister Carius, der die Kfz-Steuer durch eine Maut ersetzen will. Inzwischen will ein anderer Minister in Schleswig-Holstein die Mineralölsteuer um 13% erhöhen. Übrigens müsste man hier fragen, was der Staat eigentlich für die Milliarden macht, die er bei jeder Tankfüllung an den Tankstellen abzwackt.

Oder: CSU-Generalsekretär Dobrindt und ein paar andere Wadenbeißer der CSU wollen die Linkspartei verbieten. Spätestens da ist ja wohl eine weitere Frage fällig: Was ist denn in diesem Staat eigentlich los? Kaum äußert ein Typ irgendwo zu irgendeiner Zeit eine dilettantische Idee, da machen einfältige, aber sensationssüchtige Medienleute daraus in der Saure-Gurkenzeit schon neue Horrorschlagzeilen. Fühlen sich diese „Generalsekretäre“ wirklich schon als Generäle? Das Volk will jedoch bei denen keine Armee spielen.

Soll denn die ohnehin mäßige Demokratie von ein paar verantwortungslosen Großmäulern und ihren Mediensprachrohren täglich in eine neue Richtung kommandiert werden? Eine schöne Demokratie, die alleweil über Stöcke springen soll, die ihr ominöse Figuren hinhalten. Und: Haben Bundestag und Regierung überhaupt nichts zu sagen, wenn solche Leute ständig das Volk von einer Verunsicherung in die andere jagen?

Und was die CSU angeht: Wenn es schon ums Verbieten geht, so verbietet sich wohl zuerst die Haltung der CSU zur Abschaffung der Erbschaftssteuer und gegen armutsfeste Mindestlöhne. Verbotsvorschläge wären zu machen gegen die entfesselten Finanzmärkte, die Krieg führen gegen Demokratie, gegen das Sozial- und Bildungswesen. Deren Mittel sollen offenbar zusammengestrichen werden zugunsten der staatlichen Wucherzinsen für Spekulationsbanken. Und mit Verbotsanträgen gegen NPD, gegen Rassismus, Antisemitismus und Gewalt im Lande hätte der CSU-General genug zu tun. Aber da mangelt es ihm wohl etwas an Verstand ...

- old long -

Bodo Ramelow: Sächsische Fehlleistung

Angesichts dessen, was die sächsische Justiz in Thüringen abgeliefert hat, fordert Bodo Ramelow: „Was jetzt notwendig ist, ist eine unabhängige Kommission, die alles, was die sächsische Justiz an Fehlleistungen bei den Naziaufmärschen im Februar 2010 und 2011 produziert hat und was in Jena passiert ist, aufarbeitet und untersucht."

Ramelow greift eine Initiative seines Kollegen André Hahn, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Sächsischen Landtag, auf, der angesichts der massenhaften Ausspähung von Handy-Daten bereits im Juni die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission vorgeschlagen hatte, für die anerkannte Persönlichkeiten, die sich beim Thema Datenschutz und Bürgerrechte durch Sachverstand einen Namen gemacht haben, berufen werden sollten. So könnten der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum, der ehemalige Bundestagsvizepräsident und NRW-Landesinnenminister Burkhard Hirsch, der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar und der Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte Rolf Gössner mit den Untersuchungen betraut werden.

Bodo Ramelow bezeichnete das, „was in Jena passiert ist", als einen „schamlosen Akt mit immenser negativer Wirkung gegenüber der Zivilgesellschaft", bei dem die offenbar gewollte Einschüchterungskomponente anscheinend eine besonders große Rolle gespielt habe. „Hier werden Polizei und Justiz benutzt, um den Bürgern, die sich braunem Ungeist in den Weg stellen, zu signalisieren, dass sie und ihr Engagement in Sachsen unerwünscht seien", sagt Ramelow. „Wer den Aufstand der Anständigen fordert, aber gemeinsames Handeln der Zuständigen verweigert, entmündigt die Bürger und beschädigt die wehrhafte Demokratie", warnt der Thüringer LINKE-Fraktionschef und verweist darauf, dass die Naziaufmärsche regelmäßig mit Angst verbunden sind. Daher sei eine „unabhängige Untersuchungskommission von Persönlichkeiten, die in der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen haben, richtig und notwendig", betont der Landespolitiker.

Termine

Do	01.09.	16.00 Uhr	Mahnwache zum Weltfriedenstag, Dianabrunnen
Do	01.09.	18.00 Uhr	Frauenstammtisch: Frauen zu Krieg und Frieden Geschäftsstelle
Fr	02.09	09.30 Uhr	Arbeitslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Sa	03.09.	14.00 Uhr	Sommerfest der Linken Zella-Mehlis, Hof Bürgerhaus
Mo	05.09	18.00 Uhr	Fraktionssitzung DIE LINKE, Geschäftsstelle
Sa	10.09.	10.00 Uhr	VVN/BdA Gedenken an den Ehrenmalen Hauptfriedhof, Friedbergsiedlung, Friedhof Heinrichs
So	11.09.	10.00 Uhr	Tag der Mahnung und Erinnerung, Stadtpark
Mo	12.09.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	13.09.	17.30 Uhr	Stadtvorstand mit BO- Vorsitzenden, Geschäftsstelle
Mi	14.09.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Mi	14.09.	17.00 Uhr	Sitzung des Stadtrats, Oberrathaussaal
Mo	19.09.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	20.09.	19.00 Uhr	Live aus dem Landtag, FRIZ
Mo	26.09.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	27.09.	17.30 Uhr	Stadtvorstand, Geschäftsstelle
Mi	28.09.	14.00 Uhr	Koordinierungsgruppe Vereine und Verbände: „Wie ist es ums Gesundheitswesen bestellt?" Hotel Thüringen
Mi	28.09	15.00 Uhr	AG Senioren / Seniorencafé, Geschäftsstelle
Mi	28.09.	18.00 Uhr	Regionalkonferenz DIE LINKE Südthüringen, FRIZ

Beschwichtigung:
Jene Araber, die möglicherweise von deutschen Panzern überrollt werden könnten, brauchen sich nicht zu fürchten. Die Bundesregierung hat dem Leopard 2 eine Unbedenklichkeitserklärung ausgestellt.

Man wird doch mal fragen dürfen:

Stimmt es, ...

... dass der Euro nur unter einer Bedingung umgesetzt werden kann: Es muss den Euro noch geben?

... dass zukünftig alle Macht von den Rating-Agenturen ausgeht: Das Volk wird weiterhin aktiv mit Zahlungen und Verzicht auf Zuwendungen beteiligt?

... dass sich Vera Lengsfeld und Freya Klier über alle Maßen große Sorgen um das öffentliche Ansehen der Linkspartei machen ?

... dass sich mit dem Einsatz der sächsischen Polizei bei der Durchsuchung der Wohn- und Arbeitsräume des Jugendpfarrers König ein erster und mutiger Schritt zur Annektion Thüringens vollzogen hat?

Einladung

zum Sommerfest des Kreisverbandes der LINKEN Schmalkalden/ Meiningen in Zella-Mehlis

3. September, 14.00 Uhr im Hof des Bürgerhauses.

Geburtstagskinder willkommen!
Alle Genossinnen, Genossen und Sympathisanten, die im August Geburtstag hatten, laden wir herzlich zur Geburtstagsrunde am **14.09.2011, 14.00 Uhr** in die Rüssenstr.19 ein.
Auf anregende Gespräche freuen sich **Brigitte und Hella**

Spruch des Monats: ***„Die Mittelschichten und die Linken stehen auf derselben Seite in den Kämpfen gegen Konzernmacht und neoliberale Politik. ... Die LINKE darf und sollte sich aber auch die Ehrlichkeit leisten, Mittelständlern gegenüber die Interessen der Beschäftigten deutlich zu artikulieren und engagiert zu vertreten*** **(Harry Nick)**